

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1918**

484 (18.10.1918) Abendblatt

# Badischer Beobachter

Abendblatt

Postfach: Karlsruhe 4844

Verantwortlich: ...  
Redaktion: ...  
Verlag: ...

Notationsdruck und Verlag der Badenia A.-B. für Verlag und Druckeret  
Karlsruhe, Adlerstraße 42, Albert Hofmann, Direktor

Erscheint an allen Werktagen in zwei Ausgaben  
Bellaqua: Einmal wöchentlich die Anzeigenteilung: „Stimme und Plumen“  
„Wörter für den Familienkreis“ und „Mitter für Haus- und Landwirtschaft“

Verantwortlich für deutsche und badische Politik, sowie für Redaktion: H. Kerner  
für den übrigen redaktionellen Teil: Franz Wahl für Anzeigen und Reklamen:  
H. Hofmann, hantlich in Karlsruhe.

## Zur Friedensaktion von 1916/17.

Die Münchener Post läßt sich zu den von uns bereits mitgeteilten Ausführungen von Schulze-Gaevernitg und Verhard in der Post. Pz. teils beäugend, teils berichtend aus Berlin Folgendes schreiben:

Als Graf Bernstorff von Amerika nach Berlin zurückgekehrt war, fiel es allgemein auf, daß er so lange nicht von Kaiser empfangen wurde. Bald aber verbreitete sich die Nachricht, es läge sehr bestimmte Gründe hierfür vor, die es gewissen Personen notwendig erschienen ließen, den gewählten Vorkämpfer fern von dem Monarchen zu halten. Man fürchtete Aufklärungen, die er über ein gegebenes Rätsel, was augenscheinlich Wilhelm II. noch unbekannt war.

Erst sehr spät erhielt Graf Bernstorff die Audienz und bald nach ihr wurde er Vorkämpfer in Konstantinopel, ein Beweis, daß er keine Politik hatte redigieren können, — ab da auch anderer Leute, welche sehr dasin-gestell.

Im Spätherbst 1916 hatte man nämlich von Berlin aus bei Wilson angefragt, ob er nicht einen Friedens-schritt tun wolle. Der Präsident der Vereinigten Staaten sei auch damit einverstanden gewesen, falls ein Friedens-schritt Deutschlands folge. Später wurde die Sache dahin geändert, daß zuerst Deutschland und dann Amerika reden sollte, weil man zu jener Zeit in Amerika über gewisse Verfassungen bei uns nicht sehr erfreut war. Man wollte uns den Vortritt lassen, um die Re-gierung wieder zu besänftigen. Unsere Regierung tat dann den Friedensschritt und Herr Wilson soll vorher von dem Zeit unserer Seite verständigt worden sein. Man be-schloß auch, wir seien von dem der seinen ebenfalls verständigt worden.

Während nun Voraussetzung der ganzen Aktion, die uns fieber dem Frieden sehr viel näher gebracht hätte, daß kein Schritt unternommen werde, der die Zone wes-sentlich für die Neutralen verändere. Ausdrücklich ist dies nicht angedeutet worden, aber nichtswegend war es eine ganz selbstverständliche Bedingung.

Der Reichskanzler v. Bethmann hoffte sie auch jeden-falls durchsetzen zu können, aber er hatte die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die U-Boot-Kampfer verlangten den unbeschränkten U-Bootkrieg, der hauptsächlich Amerika treffen mußte.

Unsere Bundesgenossen, die sich damals anfangs sträubten, wählten ihre Bedenken zurückstellen, als der deutsche Chef des Marinestabes der Admiral v. Holten-dorf, der sein Amt überall bekannt erworbenen Gutachten dahin abgab, den unbeschränkten U-Bootkrieg könnten die Gegner höchstens sechs Monate aushalten. Sie dürften sich ihrer Empfindung nach dieser Versicherung der ersten deutschen Autorität auf vorwiegend technischem Gebiet nicht verschließen und nicht die Schuld auf sich nehmen, eben-falls den Krieg verweigert zu haben.

Als nun Graf Bernstorff die Nachricht von dem Ver-liner Entschluß erhielt, soll er Berlin höchst beunruhigt haben, die Note zurückzubekommen, weil sie die Friedens-aktion schließlich auslösen würde. Er soll aber von Berlin aus die Weisung erhalten haben, die Note zur an-gewiesenen Zeit zu übergeben. Darüber hat sich Wilson aus das höchste Entsetzt und jedes Vertrauen zu Deutsch-land verloren, vornehmlich aus der Absicht, die Reform in Deutschland, unter der das geschehen konnte und so sei der Friedenswille in ihm zerfallen worden.

Die Geschichte der deutschen Friedensaktion des Jahres 1916/17 ist jetzt bekannt geworden. Nun darf die Weltöffentlichkeit nicht mehr schwärzen. Sie muß jetzt volle Aufmerksamkeit geben, da sie dadurch manches erklären würde, was heute noch unverständlich erscheint.

Allen den bisherigen Angaben fehlt bis zur Stunde die volle überzeugende Kraft. Zwar erahnt sich schon aus den bis jetzt erfolgten Veröffentlichungen, daß die verhängnisvolle Invidiosität der deutschen Politik im Krieg sehr weit zurückreicht, aber ob die vorerwähnten Einzelheiten alle richtig sind, ist noch zweifelhaft. Es wird unter solchen Umständen aber nicht zu machen sein, daß am 11. Oktober-seits dazu das Wort erlassen wird. Das wird zur Zeit nicht so schwer sein, da die gegenwärtige Jahresrechnung eine wesentlich andere ist, als jene vom Jahre 1916/17 und daher ihre Soms hat. Diese Fragen verlorne dringender nach Aufklärung im Interesse des Gemeinwohls. Es ist sicher, daß das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit den ver-längerten U-Bootkrieg nur billigt, weil ihm die Überzeugung beibringt, daß er, einen anderen Weg zu einem gerechten (nicht „deutschen“) Frieden gebe es nicht. Womöglich war das ganze Jahre 1916 von dem Führer Inhalt geführten Streit für und wider den U-Bootkrieg bewegt. Wenn sich die Dinge so verhalten, wie sich aus den bisherigen Enthüllungen ergibt, dann haben wir es mit einer unge-fernen Verfehlung des deutschen Volkes zu tun, die die ernstesten Konsequenzen nach sich ziehen dürfte.

Man hat auch schon auf die Verantwortung des Reichstages hingewiesen, der energischer auf Kon-trollen und Kritik hätte ausüben sollen. Ganz recht — aber wie hat es denn die Presse jenen Männern gemacht, die Kritik übten und sich nicht mit dem be-gnügten, was offiziell behoben wurde? Erinnerung man sich noch des wüsten Geschrei, das die in D-Ste-der Gewerkschaft so sehr berechtigten kritischen Aus-sagen man A. H. H. Erbacher hervorriefen? Hat man nicht, wie auch die schärfste Kritik an dem U-Bootkrieg, die nur in militärischen, niemals aber in politischen Kreisen Wecker waren, geradezu als Schmach und Schandwort bezeichnet? Sollte man nicht froh sein, daß sich jene Männer, die sich all dem widersetzen, und denen der Erfolg leider recht ge-gewen hat, durch jenes Geschrei nicht abhalten ließen, den als richtig erkannten Weg weiter zu gehen. Es war ein Unheil für uns, daß man auf sie erst hörte, als die Katastrophe ihnen unverleugbar recht gab. Und wir müssen es ihnen danken, daß sie dann be-rechtigt waren, die Geschichte zu übernehmen, die ihnen das alte Meines, das unter solchen Umständen nur ein völlig blinder zurückwünschen könnte, hinter-lassen hat. Jetzt ist die Bahn frei für Wahrheit und Gerechtigkeit!

## Räumung von Teilen von Flandern und Nordfrankreich. Feindlicher Durchbruchversuch zwischen Le Cateau und der Oise vereitelt.

### Tagesbericht vom Großen Hauptquartier.

Großes Hauptquartier, 18. Oktober. (W.A. Amtlich.)

#### Westlicher Kriegsschauplatz.

In den letzten Tagen haben wir Teile von Flan-dern und Nordfrankreich mit den Städten Dün-de, Dourecoing, Moubair, Lille und Douai geräumt und rückwärtige Linien be-zogen. Zwischen Drügge und der Lys stieß der Feind gestern vielfach mit härteren Kräften nach. Er wurde abgewiesen. Englische Kompagnien, die nördlich von Kortrik über die Lys vordrangen, wurden im Gegenangriff wieder zurückgeworfen. Derselbe von Lille und Douai besteht nur lose Gefechtsführung mit dem Gegner. Zwischen Le Cateau und der Oise ist die Schlacht von neuem entbrannt. Engländer, Franzosen und Ame-rikaner suchten wiederum unter Einsatz gewaltiger Kampfmittel unsere Front zu durchbrechen. Weider-seits von Le Cateau sind Angriffe des Feindes vor unserer Linien gescheitert. Derselbe Einbruch-stellen wurden im Gegenstoß wieder gesäubert. Zwischen Le Cateau und Aisonville drang der Gegner an einzelnen Stellen in unsere Linien ein. Nach wechselvollem Kampfe brachten wir den Feind vor unserer Artillerie an der von Le Ca-

teau nach Wassigne führenden Straße bei La Balles Mustrre und Mennevret, sowie nördlich von Aisonville zum Stehen. Wo der Feind darüber hinaus vordrang, warfen ihn un-tere Gegenkräfte wieder zurück. Aisonville und die südlich anschließenden Linien wurden gegen mehrfachen Ansturm des Feindes gehalten. Auch am Nachmittag sind vor ihnen erneute Angriffe ge-scheitert. Ebenso blieben die gegen die Dife-front nördlich von Drigny gerichteten feind-lichen Angriffe ohne Erfolg.

In der Nähe jette der Gegner seine heftigen Angriffe östlich von Dize fort. Im harten Kampfe wurde er abgewiesen. Französische Jäger führten westlich von Grandpré, Brandenburger und Sachsen auf dem Hügel der Maas erfolg-reiche Angriffsunternahmen durch.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Staatssekretär Bauer über die Kriegsanleihe: Es komme, wie es wolle, die Kriegs-anleihe ist gesichert, dafür wird Reichs-tag und Regierung sorgen.

*Bauer*

## Die Kriegslage im Westen.

Die deutschen Scharfschützenabteilungen. In dem Frontbericht der Daily Mail vom 4. 10. über die Schlacht bei Cambrai heißt es: Die be-sonderen Scharfschützenabteilungen, die vom deutschen Hauptquartier geleitet wurden, im großen Widerstand zu verhalten, haben überall mit großer Fertigkeit und Geschicklichkeit gekämpft, und sie kämpften bis zum letzten Augenblick.

Unsere Rückzugstellungen im Aisnebogen. Berlin, 17. Okt. (W.A.) Ueber die Lage un-serer Rückzugstellungen im Aisnebogen zwischen Verch-au-oc und südlich von Vouziers schreibt ein Teil-nemer: Wer Zeuge des Rückzugs der letzten deutschen Truppen war die am Nachmittag des 12. Oktober über die Aisnebrücke gezogen sind, weiß, wie planmäßig dies geschah. Während die feindlichen Vorposten ihre Stel-lungen einnahmen, liefen Meldungen von den auf dem Süd-ufer der Aisne gelassenen Nachhut über das Nach-rücken des Gegners ein, der vorzüglich und zunächst nur mit spärlichen Kavallerieverbänden folgte. Erst gegen Abend rüdten Infanterieabteilungen, von einigen Bata-erionen verstärkt, der, um Gefechtsführung zu erreichen. Die deutsche Artillerie legte auf die Anmarschlinien Sturmgeschütze und als der letzte Mann die Aisne pas-siert hatte, flogen die Brücken in die Luft. Unter Scho-ung aller Geschütze, deren Beschädigung durch strengen Befehl verboten war, wurden nur feste Keller und Unterflur abgegraben, die dem Gegner unmittelbar sehen konnten. Auf Wegen und Fahr-zeugen aller Art brachte man das Zivilbedürfnis in das sichere Hinterland. Da nun ihre Wohnorte zur Kriegszone wurden und ihr Leben zu sehr gefährdet gewesen wäre.

Die Befreiung von Laon und Thiel durch den Feind. Berlin, 17. Okt. (W.A.) In der flandrischen Stadt Thiel wurden durch außerordentlich heftige Bombenwürfe ganze Straßenzüge nieder-gelegt und beträchtliche Verluste unter der Zivil-bevölkerung verursacht. In einem einzigen Haus wurden 10 Belagerer unter den Trümmern todt.

Berlin, 17. Okt. (W.A.) Die Stadt Laon, in der sich die Einwohner aus Stadt und Umgebung verammelt halten, wurde von den Deutschen verlassen, ohne irgend welche Bedingungen vorzunehmen. Die Verwüstung der Stadt ist das augenscheinliche Werk der französi-schen Artillerie. Auch während des Rückzugs wurde Laon von den Deutschen gesäubert; nicht eine einzige deutsche Granate fiel in die Stadt.

Die verlorene Grenzlinie. Berlin, 17. Okt. (W.A.) Der Funkpruch von 16. Oktober, 10 Uhr vormittags, meldet, daß die Deutschen die Stadt Moulens vor dem Verlassen an zahlreicheren Stellen in Brand setzten. Dieser Funkpruch ist ein neuer Beweis dafür, daß die gesamten Meldungen über Fortschreiten der Deutschen im besetzten Gebiet lediglich aus propagandistischen Grün-den ohne irgendwelche Unterlagen von der Entente ver-breitet werden, denn noch am gleichen Tage berichtete der englische Frontberichterstatter Berthel Phillips im Funk-pruch Caranvorn um 4.30 Uhr nach, daß die Stadt Moulens unzerstört ist.

Berlin, 17. Okt. (W.A.) Die Militäartages-berichterstattung besagen heute morgen auf den wesentlichen Kriegsschauplatz.

## Der Krieg zur See.

Bedauern wegen Verletzung der norwegischen Neutralität. Christiania, 17. Okt. (W.A.) Meldung von Norsk Telegrambyrå. Der Dampfer „Saut“

von Drammen war am 10. Juni auf norwegischem Seegebiet von einem U-Boot aufgebracht worden. Die norwegische Regierung protestierte in Berlin. Das deutsche Auswärtige Amt teilte in seiner An-antwort mit, daß eine eingehende Untersuchung er-weisen habe, daß die Aufbringung des „Saut“ auf norwegischem Seegebiet stattgefunden habe und die norwegische Neutralität selbst sei verletzt worden. Die deutsche Regierung spricht ihr auf-richtiges Bedauern und eine Entschuldigung aus. Sie habe die nötigen Schritte zur Verhütung einer Wiederholung getan.

## Verschiedene Kriegsnachrichten.

Gläßer zum Eintritt ins französische Meer zu pressen versucht. Der am 26. September 1918 ausgetauchte Unter-offizier Heinz Duffour aus Kolmar sagt aus, daß bald nach der Gefangennahme General Koch in Montpellier persönlich die Kriegs-gefangenen Elia-Lotbringer zum Verrat an ihrem Vaterlande durch Eintritt in das französische Meer zu bewegen ver-sucht habe. Versprechungen aller Art wurden von ihm gemacht vor allem Beförderung und erhöhte Löhnung. Nachdem der erste Versuch erfolglos ge-blichen war, gab Koch drei Tage Bedenkzeit. Dar-nach versuchte er zum zweitenmal die Soldaten zum Treubruch zu verleiten. Es gelang ihm auch dies-mal bei keinem einzigen. Er äußerte sich zum Schluß: „Es sind nun mal Voches, es ist nichts zu machen.“

## Zur Lage im Osten.

Russischer Protest gegen die Unabhängigkeit der Mandstaaten. Berlin, 16. Okt. (W.A.) In einem Funkpruch vom 13. Oktober protestiert Rußland gegen die Absicht, die Mandstaaten „unab-hängig“ zu machen, da das nur eine Erziehung der Deutschen durch die Engländer oder Ame-rikaner bedeute. Die Nachricht bestärkt die in einem Artikel der Miga latvian vom 11. 10. ge-äußerte Ansicht, daß sowohl Deutschland wie auch Rußland dies jetzt und in Zukunft nicht zu lassen können, daß sich zwischen der wichtigen Ostsee Küste irgend welche anderen Staatsgebilde zwischen sie drängen. Hier brauchen Rußland und Deutschland eine gemeinsame Grenze. Anderenfalls würde trotz Völkerverbündnisse und internationalen Garantien das viel ältere Wort vom „neuen Bal-kan“ zur Wirklichkeit werden. Die baltischen Länder würden auf Jahrzehnte hinaus nicht zur Ruhe kommen.

Eine Großfürstin in Stockholm angekommen. Kopenhagen, 17. Okt. (W.A.) Der jüngste Eidebe medlet aus Stockholm: Die Witwe des Großfürsten Konstantin Konstantinowitsch, Großfürstin Elisabeth Romanowa, ist gestern mit Sohn und Tochter in Stock-holm angekommen und hat als Gast des schwedischen Königs-paares im Schloße Wohnung genommen. Die Sowjetregierung hatte ihr die Erlaubnis zum Ver-lassen Rußlands erteilt.

Gewalttätigkeiten in Polen. Warschau, 17. Okt. (W.A.) In den letzten Tagen wurden in einzelnen Orten des Generalgouvernements

Gewalttätigkeiten verübt, denen leider ein deutscher Genarm und zwei Soldaten, welche einzeln rüdungs überfallen wurden, zum Opfer fielen. Gegenmahrregeln sind sofort getroffen worden. In Ciechanow wurde ein Van d it erschossen. Mehrere wurden mit Waffen gefangen. Sie werden der ver-dienten Todesstrafe nicht entgehen. Außerdem wurden in den betreffenden Distrikten Kontributionen beigetrieben und Geiseln festgenommen, welche mit ihrem Leben für die Sicherheit der deutschen Soldaten und Ve-amien einstehen. Deutscherseits wird Einfuhrnahme des überwiegen vernünftigen Teils der Bevölkerung auf die unruhigen Elemente ermarlet, damit nicht durch leicht-ferlige, unüberlegte Handlungen einiger verleiteter Ein-jeite das Leben der Mitbürger verächtlich aufs Spiel gesetzt wird.

## Deutschland. Die Neuordnung im Reich und das Zentrum.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht die Presse eine Erklärung, die „ein Teil der Fraktion“ abge-gaben hat. Wir bedauern, so schreibt mit gutem Recht die Ansb. Volksstimme, daß diese Erklärung zur jetzigen Zeit veröffentlicht wurde, um so mehr, als der Zusammenbruch der Konjer-vativen für die Rechtsorientierung des Zentrums nicht gerade empfehlend sein dürfte. Auch scheint diese Erklärung wieder eine Spaltung in der Fraktion zu bedeuten. Zur Aufklärung seien deshalb auch die Personen angeführt, die hinter dieser Erklärung stehen, nämlich Herr. von und zu Franckenstein, Graf Sandherr, Herr. v. Armin, Herr. v. Kerferling, Graf Magnis, Graf v. Galen, Fürst Salzu, Dr. Pfeiffer.

Zu Sondererklärungen und Sonderstellungennah-men ist gegenwärtig wahrhaftig keine Zeit. Gerne heißt es, Bedenken zurückstellen, wo die nationale Einheit in Frage kommt. Unter keinen Umständen dürfen Standesanschauungen in solcher Wichtigkeit emporgeschraubt werden, daß darunter das Ganze leidet. Aus diesem Anlaß jedoch von einer Spal-tung der Fraktion zu reden, liegt ein Grund nicht vor. Die Germania, Nr. 476 vom 11. Oktober, schreibt dazu:

„Das Zentrum und die Neuordnung im Reich.“ Unter dieser oder ähnlichen Ueberschriften geht zurzeit eine Erklärung durch die Presse, die bei Verlesung des Pro-gramms der Reichsvereinigungen in der Zentrumskon-ferenz am 2. Oktober 1918 im Namen eines Teiles der Fraktion abgegeben worden sei. Sie lautet:

1. Niemand von uns kann sich dem außerordent-lichen Ernst der Lage und der Notwendigkeit, gewisse Opfer zu bringen, verschließen. Der gegenwärtige Augenblick bereitet es, zu den einzelnen Punkten des vorgelegenen Programms kritisch Stellung zu nehmen, doch soll das Schwere keine Willkür aller Punkte bedeuten. 2. Wir bedauern die Ausfallung der rechts-stehenden Parteien, welche außenpolitisch wie innen-politisch bedenklich ist, da sie die dringend nötige Ein-heit der inneren Front nicht nur nicht herstellt, son-dern anheimelnd mit Vorbehalt durchdringt und dem Prinzip der nationalen Verteidigung widerspricht. 3. Andererseits lassen die Verhandlungen sowie die enge, dauernde Verbindung mit der Sozialdemokratie und die weitgehende Unterwerfung unter ihre erfahrungsgemäß stets wachsenden Forderungen Ansehen und pro-grammatische Ziele unserer Partei als gefährdet er-scheinen.

Demgegenüber ist festzustellen, daß eine bezügliche Erklärung in der Tat von einem Fraktionsmitglied ohne jede Begründung in der fränkischen Sitzung abgegeben worden ist. Dabei wurden nicht einmal die Namen der Unterzeichner verlesen; wir wissen aber aus sehr guter Quelle, daß ihrer nur sehr wenige, vielleicht sechs, sind. Darum ist der allgemeine Hinweis auf einen „Teil der Fraktion“ insofern geradezu irreführend, als der Durch-schnittsleser sich darunter ganz etwas anderes zu den-ken geneigt sein wird. In der Erklärung sind, wie man sieht, keine bestimmten Einwendungen gegen einzelne Punkte des Programms erhoben worden. Noch weniger hat irgend jemand Änderungsanträge zum Reichs-Programm gestellt oder bestritten. Auch gegen den Eintritt des Zentrums in die Regierung an der Seite der Fortschrittler und Sozialdemokraten wurde keinerlei Antrag oder Verlangen vorgetragen. Es handelt sich also um eine rein platonische Erklärung, die schließlich nicht mehr befragt, als wenn auch in der Sozialdemokratie das eine oder andere Mitglied der Fraktion mit der Taktik der Zeitung nicht ganz zufrieden ist. Dort gingen be-sonders die Meinungen, ob man nun in die Regierung eintreten solle oder nicht, eine Zeitlang auseinander. Das ist aber ganz natürlich bei der Ausdrucksweise über so entscheidende Fragen in einer großen Partei, und da Klarheit und möglichst übereinstimmende zu schaffen, sind die Fraktionsführungen da. Nur für ihren Kreis sind aber bezügliche Äußerungen, wie die im Zentrum er-folgte, bestimmt. Die Zentrumskonferenz hat die ange-führte „Erklärung“ entgegengenommen, ohne ihre irgend-eine Folge zu geben. Sie wurde gar nicht erörtert, son-dern ohne weiteres vom Vorlesenden zu den Akten ge-nommen. Kurzum, sie war mit ihrer Unbedeutend-heit so außerordentlich und so geringfügig, daß man nachdrücklich dazu übergegangen ist, die Erklärung der Öffentlichkeit zu übergeben, und damit für die Aufre-chterhalten der Einheit einer Uneinigkeit im Zentrum er-macht, von der in keiner Weise die Rede sein kann. Der Sache der Herren ist damit ebenjowenig gedient, wie der des Reiches, noch liegt darin die richtige praktische Außenwirkung aus dem Ernst der Lage, auf den man sich auch bei der Veröffentlichung ausdrücklich bezieht.

## Soziales.

Zur Förderung der gemeinnützigen Bautätigkeit hat das Bayerische Staatsministerium des Innern eine Bekanntmachung erlassen, der wir nach An-gaben des „Bad. Landeswohnungsvereins“ folgende entnehmen: Von der im Staatshaushalt für „Maß-nahmen zur Behebung der Wohnungsnot“ bereit gestellten Summe von 3 Millionen Mark soll ein Teilbetrag von 1 700 000 M. für Beteiligung des

Advertisement for wine and other products. Includes text like 'Wein', 'Fischer & Cie', 'Karlsruhe', 'Bücherei', 'Kartonnage', 'Generalversammlung', 'Musikhaus', 'Geschichte', 'Heidelberg'.

Small advertisements and notices on the right margin, including 'Bayerische Staatsministerium' and 'Landeswohnungsverein'.

